

Gisela Böhrk
Ministerin a.D.
Lübeck

Gisela Böhrk: Begrüßenswerter Anstoß für eine gemeinsame Initiative

„Die Initiative der Grünen Fraktion, durch die Änderung des Landeswahlgesetzes eine gleiche Beteiligung von Männern und Frauen im Landesparlament zu fördern, ist ein guter Schritt auf dem Weg zur tatsächlichen Gleichstellung von Männern und Frauen. Sie ist auch ein guter Schritt für eine bessere Demokratie,“ erklärte Landesministerin a.D. Gisela Böhrk, seinerzeit erste Frauenministerin in Deutschland in der Regierung Engholm.

Die Lebenswelten von Männern und Frauen sind nach wie vor unterschiedlich, deshalb finden Männer und Frauen nicht selten unterschiedliche Dinge politisch vordringlich. Was für die einen „Gedöns“ ist, halten die anderen für entscheidend wichtig. In einer ausgebildeten Demokratie müssen die Lebenserfahrungen von Männern und Frauen in gleicher Weise die Politik bestimmen. Dazu trägt der Gesetzentwurf bei.

Der „Reißverschluss“ bei der Aufstellung der Landesliste ist bei der SPD und bei den Grünen weithin politische Praxis, und auch die CDU strebt eine gleiche Beteiligung von Frauen in der Politik an. Viele Frauen in der FDP, die die Quotierung ablehnten und glaubten, sie würden sich aufgrund ihrer Tüchtigkeit von allein dauerhaft in der Politik durchsetzen, wurden eines schlechteren belehrt. Es hat sich gezeigt, dass der gute Wille im politischen Alltag häufig nicht ausreicht.

Eine für alle gültige Regel, wie sie das Gesetz darstellt, schafft einen verlässlichen Rahmen. Sie sorgt dafür, dass die Parteien sich auch dann entsprechend ihrer guten Zielsetzungen und entsprechend dem Auftrag des Grundgesetzes verhalten, wenn andere Überlegungen in den Vordergrund treten.

Lange war umstritten, ob der Artikel 3 Abs 2 GG „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ auch die Aufgabe des Staates umfasst, Nachteile zu beseitigen. In einer großen gemeinsamen Anstrengung haben die Parteien sich 1994 zusammengefunden, um in einer Ergänzung des Art.3, Abs. 2 klarzustellen, dass es auch die Aufgabe des Staates ist, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern tatsächlich durchzusetzen.

Die Gesetzesinitiative ist Anstoß für eine große gemeinsame Initiative aller Parteien, die Gleichstellung in der Politik voranzubringen. Schleswig-Holstein kann bundesweit ein Zeichen für Gleichstellung und Demokratie setzen.